



Lageplan

Der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) kämpft für den Schutz und die Bewahrung der gentechnikfreien Natur, Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung. Der Einsatz der Agrogentechnik wird vom BN wegen den damit verbundenen, vielfältigen und unkontrollierbaren Risiken entschieden abgelehnt. Sie nutzt nur einer handvoll international agierender Chemie- und Saatgutkonzerne, die auch über das Patentrecht die Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion anstreben.

Wir wollen und fordern deshalb einen

## „Gentechnik-Frei-Staat“ Bayern

Der Anbau genmanipulierter Pflanzen ist nach allen bisherigen Erfahrungen nicht beherrschbar. Auskreuzungen und Verunreinigungen bei der Weiterverarbeitung sind bei einer kommerziellen Anwendung unvermeidbar und unumkehrbar. Die sogenannte „Koexistenz“ ist für die relativ kleinstrukturierte Landwirtschaft in Bayern bestenfalls ein „Wunschtraum“, der mit den Realitäten nichts zu tun hat. Eine dauerhafte gentechnikfreie Produktion und damit die Wahlfreiheit von Verbrauchern, Landwirten, Imkern und Lebensmittelherstellern wäre nicht mehr möglich. Diese Selbstverständlichkeit muss aber, unabhängig von allen Risiken der Gentechnik für Mensch und Natur, auch in Zukunft uneingeschränkt sichergestellt werden, und zwar ohne Mehraufwand und Zusatzkosten für diejenigen die keine Gentechnik im Essen und in der

Landwirtschaft haben wollen. Das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip sind dabei strikt anzuwenden.

Vorrangig ist daher u.a. die rechtliche Verankerung auf EU-Ebene, dass Länder und Regionen selbst über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen entscheiden können. Es darf aber nicht bei den wiederholten Ankündigungen auch prominenter CSU-Politiker bleiben, sondern es müssen schnell konkrete Handlungsvorschläge her. Weiterhin ist auch in Deutschland ein Anbauverbot der Genmaissorte MON 810 (Fa. Monsanto), die einzige bei uns für den Anbau zugelassene Gentech-Pflanze, überfällig. Wegen zunehmenden Hinweisen auf schädliche Umwelteffekte und aus anderen Gründen, wurde der Anbau in mehreren EU-Staaten bereits untersagt.